

# Antrag P02.001.1

Änderungsantrag zu P02

Antragsteller\*in: Christian Suhr (Niedersachsen)

## Zeile 1 - 2

- 1 ~~Großflächenplakate~~Bedarfsorientierte Außenwerbung und Social-Media (für Angebote  
individualisiert für den ländlichen Raum) – Mehr großflächig  
plakatieren als kleinteilig hängen! und urbanen Raum

## Zeile 3 - 5

- 3 Der Parteivorstand wird beauftragt ~~die Voraussetzungen für die zukünftigen Wahlkämpfe~~  
4 ~~insbesondere in den ländlichen Landkreisen individueller,~~ die Kommunikation im Wahlkampf  
differenzierter und ~~spezieller auszurichten~~ bedarfsgerechter auszugestalten, mit Blick  
5 insbesondere auch auf den ländlichen Raum.  
Um dieses zu erreichen, müssen folgende Dinge in Angriff genommen ~~werden.~~ werden:

## Zeile 6 - 7

- 6 1. Personelle und finanzielle Unterstützung ~~für den verstärkten Einsatz~~ bei der  
bedarfsgerechten Individualisierung von  
7 ~~Großflächenplakaten~~ Wahlwerbemitteln u.a. im ländlichen Raum,

## Zeile 8

- 8 2. Unterstützung bei der Erstellung und Verbreitung von ~~individuell-~~  
~~bearbeitbaren~~ individualisierbaren Social-Media-Vorlagen u.a. mit  
~~ländlichen~~ regionaltypischen  
9

## Zeile 10 - 11

- 10 3. ~~weniger erstelltes Material (dafür mehr individuelle Druckvorlagen zum-~~  
11 ~~Selbstdrucken)~~ bedarfsgerechte Bereitstellung von Wahlkampfmaterial in Abstimmung mit  
den jeweiligen Verbänden.

## Begründung

Der ursprüngliche Antrag kritisiert zu Recht, daß zu wenig differenziert wurde in der Vergangenheit. Bei der EU-Wahl gab es kein konkretes Plakat zum ländlichen Raum bzw. Landwirtschaft als Beispiel. Wo wir z.T. Bus und Bahn umsonst fordern, würden sich manche Gemeinden freuen, wenn da überhaupt ein Bus führe. Die Sinnhaftigkeit von Plakaten, Großflächen, Flyern, Zeitungen etc. ist regelmäßig zu prüfen. Faltblätter, die niemand verteilt, bringen genauso wenig wie Großflächen, die von Rechtsaußen gern runtergerissen werden. Hier stehen wir jedoch in der Verantwortung, kostensensibel mit den Mitgliedsbeiträgen umzugehen und die KV's mit in die Pflicht zu nehmen für paßgenaue Kommunikation.

Meine Empfehlung:

Es gibt deutliche Unterschiede zwischen ländlichem Raum und urbanem Raum, hier kann bei den Motiven differenziert werden.

Man könnte in Abstimmung mit einzelnen KV's Pakete schnüren, wer eine Großfläche will, muß dadurch auf andere Dinge verzichten, salopp gesagt.

Bei Social Media geht es nicht nur um Sharepics und Memes. Wenn keiner in die Chronik der

Linken guckt, bringt das alles nichts. Es muß medial ausgespielt werden z.B. als Werbeanzeige, was viele KVs schlichtweg überfordert (META Business etc.). Hier ist nicht nur die Individualisierung hilfreich, sondern auch die zentrale Verbreitung für bestimmte Regionen und Zeiträume.

Das könnte nach dem Subsidiaritätsprinzip von unten nach oben zurückgespielt werden. Einfachstes Beispiel: Wir haben in der Gemeinde hier keine Plakate an den Laternen, sondern es werden Holzwände für Papierplakate zum Drankleben aufgestellt. Im Nachbarort darf es an die Laternen gehen. Großflächen gibt es nur punktuell und häufig eher an Privatgrundstücken (wo ein CDUler wohnt oder so ;-)).

Die Größe ist nicht das Wichtige, sondern Reichweite und Machart. Bei Letzterem sollten die KVs sich eventuell über ihren Landesverband auch einbringen können als Anregung.

Zu Social Media: Der Landes- oder Bundesverband bereitet ein eher regionales Motiv/Sharepic mit Beitrag vor. KVs, die damit werben wollen, sponsern für die Kosten. Von zentraler Stelle wird dann entsprechend eine Social-Media-Kampagne geschaltet für die jeweiligen Einzugsgebiete. Das können Demoaufrufe zwischen den Wahlen genau so sein wie Kandidierendenvorstellungen über Social Media während des Wahlkampfes etc.

WICHTIG: Allgemein ist mein Eindruck, es zählen eh immer nur Bundesthemen und damit verbundene Gefühle und Assoziationen. Es wäre strategisch allgemein zu schauen, ob man regionalspezifisch wirbt oder eher allgemeiner, das eigene Image aufbauend.

# Antrag P05.001.1

Änderungsantrag zu P05

Antragsteller\*in:

Parteivorstand

## Zeile 1

1 ~~Der Krieg ist ein Übel, das beseitigt werden soll und kann~~Keine Militarisierung der Gesundheitsversorgung!

## Zeile 2 - 8

2 ~~DIE LINKE~~ bekennt sich vorbehaltlos zu ihren friedenspolitischen Positionen im  
3 Erfurter Programm. „~~DIE LINKE ist eine internationalistische Friedenspartei, die für  
Gewaltfreiheit eintritt, ob im Inneren von Gesellschaften oder zwischen Staaten.  
Daraus leiten wir unser Engagement gegen Krieg, Völkerrechtsbruch,  
Menschenrechtsverletzungen und militärische Denklagen im Umgang mit Konflikten ab.  
Neben der Kritik an Gewaltakteuren und an gewaltfördernden Machtstrukturen geht es  
uns um die Aufklärung über tiefere Zusammenhänge von Konfliktursachen.“~~

## Zeile 9 - 20

9 ~~Zugleich verdeutlichen wir offensiv die Zusammenhänge zwischen Kriegsvorbereitung und~~  
10 ~~wachsenden sozialen Verwerfungen. Das längst überfällige Ende der Schuldenbremse kann~~  
11 ~~und muss finanziellen und politischen Spielraum schaffen – allerdings nicht, um~~  
12 ~~Aufrüstung und Blutvergießen zu fördern oder vorzubereiten. Aus diesem Grunde~~Die Linke  
lehnt  
13 ~~DIE LINKE~~ auch das geplante Gesundheitssicherstellungsgesetz ab, das in der so  
14 genannten Katastrophenmedizin die militärische Logik vor die medizinische Ethik  
15 stellt. Es birgt die Gefahr, dass sich hier eine Triage durchsetzt, die das  
16 Lebensrecht von Menschen in Frage stellt. ~~Die zu erkämpfenden politischen Spielräume~~  
17 ~~sind vielmehr zu nutzen~~Stattdessen muss Gesundheitspolitik genutzt werden, um  
gesellschaftlichen Zusammenhalt, Teilhabe und Inklusion  
18 zu fördern. Die fortschreitende Militarisierung der Gesellschaft stellt die Inklusion  
19 jedoch grundsätzlich in Frage und beschneidet Teilhabemöglichkeiten. Auch deshalb  
20 tritt ~~DIE LINKE~~Die Linke entschieden für die friedliche Beilegung von Konflikten ein.

# Antrag P08.008.1

Änderungsantrag zu P08

**Antragsteller\*in:** Martina Blank, Luca Hemmerich (KV Frankfurt/M.) und weitere

## Zeile 8 - 9

- 8 1. Der Soli-Fonds soll Sozialberatungen von „Die Linke hilft“ ermöglichen, ~~in~~  
9 ~~finanziellen Notlagen~~ im Kontext konkreter sozialer Kämpfe und Kampagnen Betroffenen  
direkt zu helfen, um finanzielle Risiken aufzufangen. Die Vergabe kann dezentral

## Zeile 15

- 15 größtmögliche Rechtssicherheit und Praxisnähe zu gewährleisten. Ein Konzept hierfür soll dem kommenden Bundesparteitag 2025 vom Parteivorstand zur Abstimmung vorgelegt werden.

## Begründung

Die Arbeit der Partei Die Linke sollte schwerpunktmäßig auf politische Veränderungen zielen und keinen rein karitativen Charakter annehmen. Als Katalysator könnte ein solcher Fonds aber nützlich sein, wo sich politische Auseinandersetzungen an Notlagen entzünden.

Die Kriterien und Verfahren für die Verwendung der Finanzmittel sollten möglichst transparent festgelegt und deshalb dem Bundesparteitag zum Beschluss vorgelegt werden.

## weitere Antragstellende

Martina van Holst (KV Frankfurt/M.), Margarete Wiemer (KV Frankfurt/M.), Katharina Grabietz (KV Frankfurt/M.), Magdalena Depta-Wollenhaupt (KV Offenbach), Miriam Stoll (KV Marburg-Biedenkopf), Dennis Neumann (KV Marburg-Biedenkopf), Jürgen Bachmann (KV Schwalm-Eder), Aaron Schreiner (KV Darmstadt), Paul Laslop (KV Hochaunus), Antonia Marquardt (KV Fulda), Olaf Neitzel (KV Kassel), Finn Köllner (KV Rheingau-Taunus), Hana Qetinaj (KV Frankfurt/M.), Silvia Hable (KV Werra-Meißner), Jan Kersting (KV Kassel-Land), Carolin Bachmann (KV Schwalm-Eder), Lukas Hof (KV Frankfurt am Main)

(Die restlichen Antragsteller\*innen werden bis zu Beginn des Parteitags nachgereicht.)

# Antrag P10.001.1

Änderungsantrag zu P10

Antragsteller\*in: BAG Die Linke queer, Kathrin Vogler, Dr. Klaus Lederer und weitere

## Zeile 1

4 ~~Solidarität mit Menschen in der Prostitution~~

Solidarität mit Menschen in der Sexarbeit

## Zeile 2 - 3

2 ~~Die Linke stellt fest, dass Prostitution ein Ausdruck patriarchalischer,-~~  
3 ~~kapitalistischer und rassistischer Machtverhältnisse ist.~~Die Linke erkennt Sexarbeit als  
gesellschaftliche Realität an. Sexarbeit ist vielfältig, sowohl hinsichtlich der ausgeübten  
Tätigkeiten, der Arbeitsbedingungen als auch was die geschlechtliche und sexuelle Vielfalt  
innerhalb der Sexarbeit angeht. Erklärtes Ziel von Die Linke ist, die Lebens- und  
Arbeitsbedingungen von Sexarbeiter\*innen insgesamt zu verbessern und damit die  
Grundlage für Selbstbestimmung in der Sexarbeit zu schaffen sowie Gewalt, Zwang und  
Ausbeutung entgegenzuwirken.

## Zeile 4 - 8

4 ~~Prostitution ist nicht kompatibel mit der Gleichstellung der Geschlechter, mit der-~~  
5 ~~Dekommodifizierung\* der Sexualität, mit einem gewaltfreien Leben für alle und mit~~  
6 ~~echter sexueller Befreiung. Die Linke strebt langfristig die Überwindung der-~~  
7 ~~Prostitution an, um der Ausbeutung von Menschen in prekären Lebensumständen entgegen-~~  
8 ~~zu steuern.“~~

## Zeile 9

9 ~~Kurzfristig fordert die~~Die Sexarbeitspolitik von Die Linke folgende Maßnahmen:orientiert sich  
neben dem generellen Kampf gegen Armut und für Menschenrechte unter anderem an den  
folgenden Forderungen:

## Zeile 10 - 12

10 • ~~Vollständige Entkriminalisierung aller Menschen in der Prostitution; Abschaffung-~~  
11 ~~der Anmeldepflicht~~Förderung sicherer Arbeitsstätten sowie betrieblicher und ~~aller-~~  
12 ~~Bußgeldregelungen (bspw. im Zusammenhang mit-~~  
~~Sperrgebieten)~~gewerkschaftlicher Selbstorganisation von Sexarbeitenden

## Zeile 13 - 14

13 • ~~Deutlich bessere Finanzierung für reelle Ausstiegshilfen~~Erleichterter Zugang zu  
14 Gesundheitsversorgung und Krankenversicherung, die den Übergang in-  
~~ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen~~Systemen sozialer Sicherung sowie  
Kinderbetreuung

## Zeile 15 - 16

15 • ~~Aufenthaltserlaubnis für alle Opfer von Menschenhandel und Zuhälterei,-~~  
16 ~~unabhängig von der Bereitschaft auszusagen~~Erleichterter Zugang zum Wohnungsmarkt

## Zeile 17 - 18

- 17 • ~~Keine Steuerpflicht und kommunale Sexsteuern für Menschen in der Prostitution;~~  
18 ~~Staat und Kommunen dürfen nicht länger an der Prostitution mitverdienen~~Erleichterter  
Zugang zum Bildungssystem und bedarfsgerechte Finanzierung von Umschulungs- sowie  
Weiterbildungsangeboten

#### **Zeile 19 - 21**

- 19 • ~~Weiterbildungsmaßnahmen für Polizei, Justiz, Arbeitsagentur, Fachkräfte in der~~  
20 ~~Sozialarbeit usw. mit dem Ziel für die Traumata und Bedürfnisse~~Ausbau von Menschen in  
21 ~~der Prostitution~~Hilfsangeboten, die u.a. allgemeine Beratung, Opferhilfen, Zugang zu  
sensibilisierensanitären Einrichtungen oder STI-Tests bieten

#### **Zeile 22 - 23**

- 22 • ~~Aufklärungskampagnen in Schulen und in der Öffentlichkeit, mit dem Ziel, dass~~  
23 ~~junge Männer nicht zu Freiern werden~~
- Abschaffung der Registrierungs- und Beratungspflicht für Sexarbeitende sowie von steuerlichen Sonderregelungen
  - Gesetzliche Regulierung der Sexarbeit unter strenger Bezugnahme der Perspektive von Sexarbeitenden und ihrer Interessensvertretungen
  - Aufklärungskampagnen, die der Stigmatisierung und (Mehrfach-)Diskriminierung von Sexarbeitenden entgegenwirken

#### **Zeile 24 - 28**

- 24 ~~Darüber hinaus wird die Linke eine interne Diskussion darüber in Gang setzen, ob~~  
25 ~~Profit an der Prostitution anderer (bspw. durch Bordellbetrieb) und Sexkauf als~~  
26 ~~gewaltförmiges Handeln einzustufen und deshalb ggf. zu verbieten sind oder ob auch~~  
27 ~~andere Möglichkeiten in Betracht kommen. Der BPT fordert den Parteivorstand auf, eine~~  
28 ~~Veranstaltungsreihe zu diesen Fragen zu organisieren.~~

Die Linke lehnt das sogenannte „Nordische Modell“ ab. Das „Nordische Modell“ ist gleichbedeutend mit einer de facto Kriminalisierung und wirtschaftlichen Verelendung von Sexarbeitenden. Es verschlechtert die Arbeitsbedingungen von Sexarbeitenden dramatisch und gefährdet ihre Sicherheit. Das ist mit dem politischen Anspruch einer Arbeiter\*innenpartei unvereinbar.

Die Linke kämpft gleichzeitig für ein Ende der Kriminalisierung drogengebrauchender Menschen, auch, um Beschaffungsprostitution zu verhindern sowie für ein Ende des Ausschlusses zahlreicher in Deutschland lebender Menschen aus den sozialen Sicherungssystemen, um Armutsprostitution wirksam zu bekämpfen.

## **Begründung**

Die Linke muss sich klar gegen eine Sexarbeitspolitik positionieren, die primär auf Kriminalisierung und Repression setzt. Ein solcher Politikansatz wird u.a. von der CDU/CSU vertreten und schadet Sexarbeiter\*innen.

In ihrer bisherigen Politik hat Die Linke sich immer konsequent an die Seite sexarbeitender Menschen gestellt, wie es zuvor bereits die PDS im Bundestag getan hatte.

So hatte Die Linke im September zur Anhörung im Deutschen Bundestag zum Antrag der CDU/CSU- Bundestagsfraktion, ein Sexkaufverbot einzuführen, die Leiterin der Dortmunder Mitternachtsmission e.V., die zugleich dem Vorstand der Bundesweiten Koordinationskreis gegen Menschenhandel e.V. angehört, als Sachverständige benannt. Sie hat dort eindringlich vor der Einführung eines Sexkaufverbotes gewarnt.

Es ist zudem kein Zufall, dass es personell große Überschneidungen zwischen Transfeind\*innen und den Anhänger\*innen des „Nordischen Modells“ gibt. Das verbindende Anliegen ist die Normierung von Geschlecht und die Regulierung insbesondere des sexuellen Verhaltens von Frauen, aber auch ihrer Kleidung, so z. B. Alice Schwarzer: „Und wenn man manchmal nicht weiß, ob die junge Frau an der Straßenecke auf ihren Freund wartet oder auf einen Freier – dann kann das auch für die Frau problematisch werden.“

Tatsache ist: Sexarbeit lässt sich nicht per Gesetz beenden. Es ist darüber hinaus unlogisch, Sexarbeitenden dadurch „helfen“ zu wollen, dass man ihnen die Lebensgrundlage entzieht, sie in Konflikte mit der Polizei treibt und ihre Sicherheit während der Arbeit gefährdet. In Staaten wie Schweden oder Frankreich ist das „Nordische Modell“ längst gescheitert. Die Verdrängung der Sexarbeit in die Illegalität gefährdet die Gesundheit, das Leben und die Sicherung des Lebensunterhalts von Sexarbeitenden.

Vom Deutschen Frauenrat über den Deutschen Juristinnenbund über die Deutsche Aidshilfe, die Diakonie Deutschland, der Dortmunder Mitternachtsmission e.V. – Beratungsstelle für Prostituierte, Ehemalige und Opfer von Menschenhandel und contra e.V. Kiel – Fachstelle gegen Frauenhandel in Schleswig-Holstein, der Menschenrechtskommissarin des Europarats, Dunja Mijatović, bis hin zu Selbstorganisationen von Sexarbeiter\*innen, wie der European Sex Workers Rights Alliance, ist die Ablehnung des nordischen Modells eindeutig.

Die Linke hat als wichtige Bündnispartnerin bislang immer an der Seite dieser Verbände gestanden, was auch ihr Abstimmungsverhalten im Deutschen Bundestag aufzeigt. Gerade angesichts der aktuell zunehmenden Forderungen nach einem Sexkaufverbot wäre es verheerend, wenn Die Linke diese Solidarität aufgäbe.

Zudem spiegelt das Klischee „weibliche Prostituierte, männlicher Freier“ die Breite existierender Sexarbeit nicht wieder. Erst jüngst haben queere Organisationen wie der LSVD\* - Verband Queere Vielfalt e.V. und der Bundesverband Trans\* e.V. vor den Folgen der Einführung des „Nordischen Modells“ gewarnt: Eine entsprechende gesetzliche Regelung könnte u.a. die (erneute) Überwachung von queeren Szenelokalen, Cruising Areas oder Dating Apps zur Folge haben.

Sehr grundsätzlich muss sich Die Linke zudem einem repressiven Verständnis von „Sozialpolitik“ entgegenstellen, wie es in der Sozialdemokratie der nordischen Staaten, aber auch beim BSW deutlich wird und aus dem beispielsweise die Ideen der Prohibition und des Sexkaufverbotes folgen. Sozialpolitik darf kein Lenkungsmodell zur Bestrafung „unerwünschter“ Verhaltensweisen sein.

## **weitere Antragstellende**

Isabell Fuhrmann (Frauenbeauftragte Baden-Württemberg), Pilar Caballero Alvarez (Co-Sprecherin LAG Feminismus, Berlin), Daniela Huber (Vorstand OV München-Nord, Landessprecherin Die Linke queer Bayern), Gökay Akbulut (MdB), Johannes Schmidt (Landesqueerbeauftragter Baden-Württemberg, Mitglied im Bundesausschuss, Karlsruhe), Katharina Marg (frauenpolitische Sprecherin der Fraktion in der BVV Tempelhof-Schöneberg), Daniel Bache (Bundessprecher Die Linke queer, Berlin), Frank Laubenburg (Bundessprecher Die Linke queer, Mitglied im Bundesausschuss, Oberhausen), Luca Renner (Bundessprecherin Die Linke queer, KV Oberhavel), Maja Tegeler (MdBB, Mitglied im Parteivorstand, Bremen), Carsten Schatz (MdA, Berlin), Claudia Engelmann (Mitglied im Landesvorstand Berlin), Tanja Hilton (Mitglied im Landesvorstand Baden-Württemberg, Sprecherin KV Mannheim), Torge Dermitzel (stv. Landesausschuss-Vorsitzender Thüringen, KV Altenburger Land), Wolfgang Schulz (Mitglied des Landesvorstands Bayern, KV München), Amelie Vollmer (Kreissprecherin KV Ortenau), Carolin Behrenwald (Bezirksvorstand Tempelhof-Schöneberg, Berlin), Sven Metzmaier (Kreissprecher KV Mannheim), Bodo Niendel (Berlin), Florian Demmler (Leitungsteam die Linke queer Thüringen, SV Jena), Hanno Bruchmann (BV Treptow-Köpenick, Berlin), Heinrich Alexandra

Hermann (Mitglied des Landesausschuss-Präsidioms BaWü, KV Schwarzwald-Baar-Heuberg), Achim Jooß (KV Ortenau), Magda Albrecht (BV Friedrichshain-Kreuzberg, Berlin), Malwina Marzena Miziarska (BV Tempelhof Schöneberg), Marcel Helwig (Leitungsteam die Linke queer Thüringen, SV Jena), Nils Geisemeyer (Landessprecher Die Linke queer Berlin-Brandenburg, BV Marzahn-Hellersdorf), René van der Winkel (Sprecher der LAG Sicherheit und Grundrechte Baden-Württemberg, KV Ortenau)



# Antrag P19.001.1

Änderungsantrag zu P19

Antragsteller\*in: Parteivorstand

## Zeile 1

1 ~~Kampagne~~Mobilisierung gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland

## Zeile 6

6 Die Linke ~~initiiert eine Kampagne~~organisiert Aktionen und Bündnisse gegen die geplante Stationierung von US-

## Zeile 16

16 dieser Auseinandersetzung auch vor Ort sichtbar zu machen. ~~Dazu zählt:~~Für die konkrete Unterstützung soll der neue Parteivorstand in seinen ersten Sitzungen Vorschläge beschließen.

## Zeile 17 - 18

17 • ~~Die Bereitstellung einer bundesweit einheitlichen Unterschriftenliste gegen die~~  
18 ~~geplante Stationierung von US-Mittelstreckenraketen~~

## Zeile 19

19 • ~~Die Bereitstellung von Verteilmaterial für Infostände und Verteilaktionen~~

## Zeile 20 - 21

20 • ~~Die Erstellung eines Referent:innenpool als Hilfestellung für thematische~~  
21 ~~Veranstaltungen vor Ort~~

## Zeile 22 - 23

22 • ~~Die Bereitstellung von Aufklärungs-Sharepics, Plakat- und Bannervorlagen in der~~  
23 ~~Cloud~~

## Zeile 24

24 • ~~Die regelmäßige Bearbeitung des Themas in den Kommunikationslinien der Partei~~

## Zeile 25 - 28

25 ~~In der Außenkommunikation der Partei, wie bei Social-Media-Beiträgen, Pressearbeit,~~  
26 ~~auf der Homepage und bei Pressekonferenzen, spielt das Thema eine wichtige Rolle. Die~~  
27 ~~Bundestagsgruppe unterstützt die Kampagne mit Anträgen, Anfragen an die Regierung~~  
28 ~~sowie mit eigener Öffentlichkeitsarbeit.~~

# Antrag P19.007.1

Änderungsantrag zu P19

**Antragsteller\*in:**

Bezirksverband Steglitz-Zehlendorf (Berlin)

## Zeile 7

- 7 Mittelstreckenraketen in Deutschland und setzt sich für ein Abzug der US-Streitkräfte aus Deutschland sowie einer Abrüstung von Deutschland ein. Die Linke betont in dieser Kampagne die Gefahr

## Begründung

Deutschland muss die Vorbildrolle übernehmen und mit der Abrüstung beginnen. Zudem muss sich Deutschland für einen Abzug der US-Streitkräfte aus Deutschland einsetzen. Die USA führt ihre imperialistischen Kriege maßgeblich von der Rammstein-Basis und nimmt somit Einfluss auf die Gebiete im Nahen Osten. Deutschland darf nicht länger Mittäterin und Täterin bei diesem verbrecherischen Vorgehen sein. Für Abrüstung und gegen Nationalstaaten, für Frieden und gegen Imperialismus.

## weitere Antragstellende

# Antrag P25.006.1

Änderungsantrag zu P25

**Antragsteller\*in:**

Bezirksverband Steglitz-Zehlendorf (Berlin), Marcus Otto,  
Björn Nowak

## Zeile 7

7 einem/einer der Vorsitzenden der Partei. Dabei wird die Basis unter Berücksichtigung der Methoden der Gewaltfreien Kommunikation von Anfang an umfassend beteiligt, zum Beispiel durch

a) eine appbasierte Kommunikationsinfrastruktur

b) Software zur Verwaltung/Protokollierung von Sitzungen und Anträgen

c) Asymmetrisch-hybride Konferenzen, Beteiligungskonzepte

## Begründung

Nach der Abspaltung des BSW wurde die Chance nicht genutzt, die Neueintritte und die an der Basis aktiven Mitglieder in eine Debatte, um die Neuausrichtung der Partei einzubinden und sich deren Positionen anzuhören. Eine Neuausrichtung der Partei wurde nur partiell vorgenommen. Wenn der neue Vorstand nicht Schritte unternimmt die Basis zu beteiligen, wird eine Erneuerung nicht möglich sein. Die Partei wird von der Basis getragen, das sollte sich auch im Erneuerungsprozess widerspiegeln.

## weitere Antragstellende